



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Oktober 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 160 Postulat Heeb Jonas und Mit. über eine zentrale Plattform für Angebote für Kinder und Jugendliche gemäss § 60 Absatz 3 EGZGB / Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Jonas Heeb hält an seinem Postulat fest.

Jonas Heeb: Zuerst möchte ich mich für die ausführliche Stellungnahme zu diesem Postulat bedanken. Wie ich im Postulat geschrieben habe, habe ich das Anliegen in der Jugendsession vom letzten Jahr aufgenommen und mir dort sagen lassen, dass es je nach Gebiet schwierig sei, einen Überblick zu behalten, wo in der Nähe welche Angebote in welchem Bereich bestehen. Ich kann dies nachvollziehen und bestätigen. Ich denke, das Problem ist nicht grundsätzlich, dass die Informationen und Angaben nicht da sind; das hat die Stellungnahme des Regierungsrates mit all den Beispielen auch gezeigt. Das Problem liegt eher darin, dass die Angebote sehr dezentral und somit unübersichtlich sind und deshalb mühsam zusammengesucht werden müssen. Ich sehe aber die bereits vorhandenen Strukturen als Chance, um eine zentrale, übersichtliche Darstellung zu ermöglichen, weil viele Daten bereits vorhanden sind. Dass sowohl statische wie auch dynamische Angebote abgebildet werden sollen, hat durchaus seinen Aufwand, das sehe ich. Ich denke aber, dass es dafür Lösungen gibt und die Ausgestaltungsfreiheit relativ gross wäre. Darum sehe ich es als weniger problematisch an als der Regierungsrat in seiner Stellungnahme, wenn gewisse Angebote von den Anbietenden selber eingetragen und aktualisiert würden, zum Beispiel von Jugend- und Sportvereinen, die über keine öffentliche Agenda verfügen. Schliesslich könnte man auch darauf hinweisen, welche Angebote selbst verwaltet werden und welche nicht und dass der Anspruch auf Vollständigkeit nicht immer zu 100 Prozent gewährleistet ist. Aber das geht jetzt schon relativ tief ins Detail. Die Abgrenzung, was hineingenommen würde und was nicht, ist ebenfalls ein Gedanke, bei dem ich nicht zu einem abschliessenden Ergebnis gekommen bin. Aber auch dort sehe ich Gestaltungsfreiheit bei der Umsetzung und bin überzeugt, dass es daran nicht scheitern sollte. Das Anliegen dieses Postulats ist es, dass man einen umfassenden Überblick über die diversen Angebote für Kinder und Jugendliche gewährleistet, welcher zentral und niederschwellig zugänglich ist und über die Gemeindegrenzen hinaus angibt, wie und wo welche Angebote vorhanden sind. Schlussendlich sind die näheren Informationen auch bei den Anbietenden selber zu ersuchen, das ist klar. Es geht darum, einen einfachen Zugang zu den groben Informationen zu gewährleisten. Das wäre eine willkommene Ergänzung für neuzuziehende Menschen, für an der Kantonsgrenze wohnende Menschen oder einfach für alle, die sich über solche Angebote schlaumachen wollen. Die Hindernisse, die der Regierungsrat sieht, sehe ich als überwindbar an, und ich fände es ein schwaches Zeichen, wenn man deshalb einknicken würde. Ich bitte Sie um die Erheblicherklärung dieses Postulats.

Pia Engler: Den Grundgedanken des Postulats, das Angebot im Freizeit-, Förder- und familienergänzenden Bereich für Kinder und Jugendliche digital und auf einen Blick zur Verfügung stellen zu können, finden wir grundsätzlich prüfenswert. In der Stellungnahme zeigt die Regierung auch auf, dass es schon ganz verschiedene digitale Angebote gibt. Wenn man diese genauer anschaut, fällt auf, dass die vielen verschiedenen bestehenden Plattformen nicht auf einen Blick und nicht auf einen Klick aufzurufen sind. Es müsste ein Ziel sein, diese näher zusammenzubringen. Ich gehe mit Jonas Heeb jedoch nicht ganz darin einig, dass es sinnvoll ist, dass dies ein selbstverwaltetes Instrument sein soll. Ich glaube, es gibt viele Beispiele bei kommunalen Angeboten, bei denen man sieht, dass diese mit der Zeit versanden. Der Hauptpunkt, der geklärt werden müsste, ist die Bewirtschaftung. Die SP-Fraktion unterstützt den Prüfauftrag für eine entsprechende Plattform und stimmt für die Erheblicherklärung dieses Postulats.

Gerda Jung: Die CVP kann das Postulat nicht unterstützen. Im Postulat wird eine kantonale Plattform mit Freizeit-, Förder- und familienergänzenden Angeboten für Kinder und Jugendliche gefordert. Es ist sehr wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen orientiert werden, was für Angebote es in ihrer Gemeinde und ihrer Region gibt. Dies ist jedoch Gemeindeaufgabe. Der Kanton ist aber sehr präsent und aktiv für die Gemeinden da mit allerhand Informationsquellen und Hilfeleistungen für die verschiedenen Angebote. Die Gemeinde ist dem Geschehen am nächsten und kann so direkt und über die entsprechenden Informationskanäle wirken. Ich appelliere an dieser Stelle an die Gemeindeverantwortlichen, dass sie die Unterstützung des Kantons nützen und diese den Kindern und Jugendlichen individuell zur Verfügung zu stellen. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat aus diesen Gründen ab.

Judith Schmutz: Kinder und Jugendliche im Kanton Luzern sind breit interessiert, wie auch schon unsere Gastrednerin heute Morgen aufgezeigt hat. Es besteht ausserdem ein grosses Angebot an Freizeitveranstaltungen. Leider ist es für die Jugendlichen nicht immer möglich, von den verschiedenen Angeboten Kenntnis zu nehmen und dann auch daran teilzunehmen. Viele Veranstaltungen sind auf unzähligen Plattformen verstreut, und es ist für Jugendliche nicht einfach zu sehen, wo und wann die angebotenen Veranstaltungen stattfinden. Das Anliegen des Postulats kommt von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der letztjährigen Jugendsession. Es ist ein partizipativer Anlass von und für Jugendliche, wo sie ihre Stimme und ihre Anliegen deponieren können. Wir finden es ein starkes Zeichen, wenn eine zentrale Plattform von den Jugendlichen selbst gefordert wird, weil gerade sie der Meinung sind, dass das Potenzial der unterschiedlichen Veranstaltungen im Kanton Luzern noch nicht ausgeschöpft ist und dass man dies noch verbessern könnte. Eine zentrale Plattform unterstützt schlussendlich dann auch die Eltern. Diese haben so die Möglichkeit zu sehen, in welcher Gemeinde welche Veranstaltungen angeboten werden, was wiederum die Organisation der Freizeit ihrer Kinder vereinfacht. Gerade Eltern, die noch nicht sehr Internet-affin sind, könnten davon profitieren. Im Interesse der Jugend bitte ich Sie, das Postulat anzunehmen.

Angelina Spörri: Eine immer aktualisierte und vollständige Plattform mit Freizeit-, Förder- und familienergänzenden Angeboten für Kinder und Jugendliche hilft Familien, ein passendes Angebot in den Regionen zu finden. Laut § 60 Absatz 3 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGZGB) sind die Gemeinden in der Verantwortung, solche Plattformen zu betreiben. Das machen sie grösstenteils auch gut, denn es liegt ja in ihrem Interesse, mittels aktualisierter Plattform Veranstaltungen und Angebote der Vereine und Organisationen den Familien näherzubringen. Umgekehrt hat auch eine Organisation oder ein Verein ein Interesse daran, dass ihre Informationen und Angebote korrekt, immer aktuell und vor allem digital zugänglich sind. Diese Wege sind innerhalb der Gemeinden und der umliegenden Gemeinden unkompliziert und kostengünstig. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass diese Aufgabe und die Verantwortung dafür auch weiterhin Sache der Gemeinden und Organisationen bleiben sollte. Darum lehnt die GLP das Postulat ab.

Helen Schurtenberger: Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Wir alle möchten ihnen einen grossen Rucksack an Bildung und Angeboten im Bereich von Sport, früher

Förderung und Vereinsaktivitäten zur Verfügung stellen. Es gibt sehr viele Angebote, welche durch den Kanton initiiert wurden, und es gibt auf kommunaler Ebene sehr viele Vereinsangebote. Der Kanton hat diverse Internetplattformen geschaffen, auf welchen Informationen zu den familienergänzenden Angeboten, Elternbildungsveranstaltungen und Weiterem aufgeschaltet sind. In jeder Gemeinde gibt es viele Vereine und Gruppierungen, die in ganz verschiedenen Bereichen Angebote für Kinder und Jugendliche bereitstellen. Jede Gemeinde unterstützt diese, und es ist ihnen auch wichtig, dass diese auf der Homepage der Gemeinde aufgeschaltet sind. Sie werden laufend angepasst und immer mit den neusten Daten versehen. Zudem besitzt jeder Verein eine eigene Homepage, und die Kinder und Jugendlichen holen ihre Informationen über den elektronischen Weg. Die geforderte kantonale Plattform, auf der alle Angebote, auch jene der Gemeinden, erfasst würden, ist so einfach nicht umsetzbar. Zu verschieden und zu einzigartig sind die Angebote. Zudem würde dies ein zeitraubendes und teures Projekt. Das Postulat ist gut gemeint, aber leider in der Umsetzung überhaupt nicht realistisch. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Urs Dickerhof: Informationen sind in unserer Zeit das Wichtigste, surfen das Zweitwichtigste. Leider ist damit nicht der Sport gemeint. Betreffend die Informationen für die Eltern im Sportbereich muss ich festhalten, dass zum Beispiel der Verein Sportstadt Luzern jedes Jahr einen Sporttag zum Kennenlernen bereitstellt. Es ist klüger, dort hineinzuschnuppern, was es für Sportarten gibt, und nicht im Internet zu suchen, was einem passen könnte. Die Herbstsportwoche in den Gemeinden bietet genau das Gleiche an, und dies wird von den Vereinen und den Gemeinden ausgeschrieben. Dazu kommt, dass mit der durch die IG Sport durchgeführten Qualitätssicherung im Luzerner Vereinssport auch die Qualität im Bereich Organisation, Ausbildung der Trainer, der Prävention und der Integration sichergestellt werden. Nach solchen Dingen kann man sich ausrichten, das macht man aber vor Ort. Ebenfalls versucht jeder Dachverband, Veranstaltungen zu sammeln und eine Übersicht über seine und die Aktivitäten der Mitglieder aufzuzeigen. Jetzt soll noch eine zusätzliche Plattform geschaffen werden. Denken Sie daran, wer das alles sicherstellen muss. Es sind die Vereine und deren ehrenamtliche Mitglieder, welche das einer zentralen Stelle immer wieder melden müssen. Das gibt einen ungerechtfertigten Aufwand. Es interessiert wahrscheinlich Sepp aus Pfaffnau wenig, wenn in der Stadt Luzern ein Makrameekurs ausgeschrieben wird, und Sämi aus der Stadt interessiert nicht zwingend das Plauschhockey in Escholzmatt. Darum sollen die Dachverbände und die Interessengemeinschaften weiterhin ihr Angebot unter das Volk bringen und nicht mit einer Überorganisation durch den Kanton gesteuert werden. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Mit der Ausgangslage von Kantonsrat Jonas Heeb bin ich einverstanden. Er hat die Situation korrekt und gut dargestellt. Die Zielsetzung ist jedoch sehr anspruchsvoll und demzufolge schwierig zu erreichen. Wenn wir das Anliegen umsetzen müssten, bräuchten wir auf der einen Seite ein Projekt zur Zusammenführung, auf der anderen Seite müsste die zentrale Plattform durch jemanden aktiv bewirtschaftet werden. Diese Ressourcen haben wir nicht. Ich bitte Sie, dieses Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat ab.